

Die Danziger Steuerzahlung.

ist eine Frage die die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Tagen lebhafter als je zuvor beschäftigt. Die Steuerentlastung ist den meisten und vielen arbeitslos und hat sich anders als früher verhalten. Die die viel zu hohe Einkommensteuer überfordert und die Arbeiter über die Mittel durch die man sich gegen die zu hohe Einkommensteuer schützen kann um zu vermeiden die Einkommensteuer zu zahlen, lassen sich nicht mehr bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

als 6000 Mark aber nicht über 5500 Mark wird der Steuerlag er-mäßigt.

um 1 Stufe bei 3 Kindern

um 2 Stufen bei 4 oder 5 Kindern

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen. Die Einkommensteuer ist zu hoch und die Arbeiter können sie nicht bezahlen.

Deutschland.

Minister Simons über Spa.

Berlin, 10. Juli. (Privattelegramm.) Vor Vertretern der deutschen Presse mied heute Reichsminister Dr. Simons die Meldung über die Demission einzelner Minister zurück. Was in Spa erreicht wurde, ist lediglich, daß wenigstens gewisse noch unmittelbar bevorstehende Folgen der Nicht-erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages abgemindert werden konnten. Seit der Konferenz von San Remo haben die Franzosen unaufhörlich auf ihre Alliierten eingewirkt und es ist ihnen unabweisbar gelungen, sie ihren Ansprüchen näher zu bringen. So daß Graf Storza bei aller Freundschaft und Sympathie dem Minister Simons zu erkennen gab, für den Fall der Nichterfüllung die Befreiung deutschen Gebietes als eine geeignete und in Aussicht zu nehmende Maßregel betrachtet werde. Das Kabinett bezog eine Delegation war nicht von vornherein gewillt, sich dem Nachgeben der Entente zu unterwerfen. Die Minister wurden sich klar darüber, daß sowohl die Produktion als die Verteilung der Rohstoffe nach Verbesserungsfähig sein würden, und infolgedessen konnten sie die französischen Forderungen nicht einfach ablehnen. Minister Simons gab zu erkennen, daß er einen Plan habe, mit Hilfe von Ententeoffizieren die Zivilbevölkerung nach dem Muster gewisser englischer Kolonien zu Polizeiwachen heranzuziehen.

In der wirtschaftlichen Frage ist es gelungen, die Lieferungspläne von 2.400.000 auf zwei Millionen Tonnen herabzusetzen. Außerdem ist es gelungen zu erreichen, daß nicht einfache Aufrechnung der Rohstofflieferung zur Wiedergutmachung erfolgt, sondern noch eine bare Prämie von fünf Goldmark für die Tonne geliefert werde, und auch für die über See exportierte Kohle wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, die es ermöglichen, den Standort der Bergarbeiter aufzubessern und dadurch eine Mehrförderung zu sichern. Voraussetzung für die deutsche Annahme der Kohlenbedingungen war eine Besserung der Kohlenlieferung aus Übersee. Aber die bisher General Le Rond zu unterm Nachteil verfügt hat. Wenn auch die Konferenz in dieser Hinsicht keine ausdrückliche Verpflichtung übernahm, so wurde doch gesagt, daß die deutsche Forderung von 1 1/2 Millionen Tonnen aus Übersee alle Berücksichtigung finde, und eine internationale Kommission mit entsprechenden Anweisungen berufen werden soll. In der Frage der Wiedergutmachung war die neue Regelung bei der kurze der Zeit unterhandelt, einem genauen Plan zu dieser Frage vorzuliegen. Gewiß wird sich bei der Durchführung des Friedensvertrages herausstellen, daß verschiedene Bestimmungen des Vertrages einfach und nachträglich sind. Man darf aber nicht immer gerade das in den Vordergrund stellen, wenn man überhaupt die Interessen unserer Gegner überwinden will. Deshalb erkläre ich ausdrücklich, daß die eifrige Durchführung des Friedensvertrages mein Programm ist.

Die höfliche U. S. P.

Die unabhängige Presse hat nunmehr die Antwort ihres Vorstandes an das Exekutivkomitee der dritten Internationale vollständig veröffentlicht. Das Schriftstück unterzeichnet sich im Ton vollständig vor allem was bisher aus den Büros des unabhängigen Parteivorstandes und der unabhängigen Abteilungen hervorgegangen ist. Niemand würde es für möglich gehalten haben, daß dieselben Stippen, von denen man sonst nur die mühseligen Antworten zu hören gewohnt ist, so von Höflichkeit, Lebenswürdigkeit, selbst Demut überfließen können. Die Antwort an das Exekutivkomitee ähnelt in ihrem Stil weniger einer Polemik, wie man sie sonst innerhalb der Arbeiterbewegung gewohnt ist, als einem allerniedrigsten Memorandum an Severinus aus der guten alten Zeit.

Das Schriftstück ist hier der plötzlich herbeigekletterten Verbeugung der Minister nicht einmal freuen, denn die U. S. P. ist auch hier wieder einmal aus einem Extrem ins andere gefallen. Man erinnert sich unwillkürlich des Scherzwortes aus der Kaiserzeit, worin die Höflichkeit bestesse zwischen einem Beamten und einem Radfahrer. Nach unten tritt er und nach oben macht er den Kopf krumm.

Die Antwort des unabhängigen Parteivorstandes nach Moskau ist heute unwürdiger, als die Entgegnung bisher auf eine hochbedeutende nun aber her erhaltene Strafzettel, in der es an den wichtigsten Gegebenheiten nicht fehlte. Der unabhängige Parteivorstand hat sich nur von allen Bemerkungen nicht gerührt, ruhig und respektvoll zu sein, rein zu machen, was er notwendig keine Antwort gibt, gar nicht, gar nicht, gar nicht.

Unabhängigen verlangen, sie sollten sich zunächst, wenn sie sich der dritten Internationale anschließen wollen, der in Moskau nicht gemachten Persönlichkeiten enthalten. findet der unabhängige Parteivorstand nicht ein einziges Wort würdiger Zurückweisung. Er sagt weder ja noch nein und sieht inzwischen zu, wie überfällige Agenten der Moskauer Zentrale die geforderte Erklärung innerhalb der U. S. P. begonnener haben. Auf der Moskauer Zusatzerklärung stehen beifolgend vor allem Kautsky, Hilferding und Ströbel. Ströbel ist noch seinem Wahlschein in Berlin-Stealitz kurzgerhand ausgeschlossen worden. Und jetzt kommt aus Kassel die Nachricht, daß die Bezirkskonferenz der U. S. P. in Hessen-Waldeck einstimmig eine Resolution angenommen habe, die den Ausschluß Kautskys aus der Partei fordert. Auch für den Ausschluß Hilferdings, des Chefredakteurs der Berliner „Freiheit“, bestand eine gewisse Strömung.

Natürlich kann jede Partei ausschließen, wenn sie will. Wir haben ihr dabei nichts dreizuzureden. Kautsky ist in seinen ganzen Anschauungen ein Sozialdemokrat geblieben, paßt also in eine bolschewistische U. S. P. nicht hinein. Nur eines verdient noch bemerkt zu werden: Wenn die alte sozialdemokratische Partei derartige Ausschüsse verhängte, was erfreulicherweise nur unendlich selten vorkam, dann konnte sie den Vorwurf, sie verzeihe sich an der Freiheit der Willenshaft, mit gutem Gewissen zurückweisen. Denn wenn sie auch innerhalb ihrer Organisation nicht jede Meinung dulden zu können glaubte, so hielt sie dafür desto fester an dem Grundsatz, daß im Staatsganzen die Freiheit der Meinung und der wissenschaftlichen Lehre unbedingt geachtet werden müsse. Sie kämpfte gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Staate und kämpft gegen sie auch heute noch, wie erst neulich der Fall des Professor Nicolai von der Berliner Universität bemiefen hat.

Die U. S. P. hat sich dagegen dem russischen Standpunkt angepaßt, daß der Staat das Recht habe, jede ihm nicht genehme Lehrmeinung zu unterdrücken. Wäre man also in Deutschland schon so weit, ganz nach bolschewistischem Muster zu verfahren, so würde Kautsky nicht bloß aus der U. S. P. ausgeschlossen werden, sondern auch seine Schriften würden unterdrückt werden, es würde ihm verboten, seine Vorträge zu halten, und in ganz Deutschland gäbe es keine einzige Zeitung, die Kautskys Meinung vertreten dürfte.

Das ist nun wieder die Rehrseite der Medaille. Der bis zur Untwürdigkeit gesteigerte Ton der Höflichkeit gegenüber den Moskauer Machthabern bedeutet gar nichts anderes als die Verpflichtung zu noch größerer Raubheimsigkeit, Verfeinerungssucht und Unterdrückung auf der anderen Seite.

Der unabhängige Parteivorstand gibt selber in seinem Antwortschreiben eine Probe davon, durch die Art, wie er sich gegen den Vorwurf, noch mit der zweiten Internationale zu liebäugeln, verteidigt. Der Leipziger Parteitag, heißt es da, habe so gut wie einstimmig mit der zweiten Internationale gebrochen, und auch die Umderheit habe auf den Genfer Kongreß nur gehen wollen, um dort „die arbeiterfeindliche Haltung der Nationalsozialisten zu entlarven und zu brandmarken“. So werden nicht nur die deutschen Sozialdemokraten, sondern auch die englischen, belgischen, holländischen, schwedischen, dänischen Genossen zu den „Nationalsozialisten und Arbeiterfeinden“ geworfen. Sie will man „entlarven und brandmarken“.

Desto demütiger küßt man die Krute, die von Moskau aus über die Rücken der eigenen Parteigenossen der U. S. P. geschlungen wird.

Bemerkenswerte Wahlen im Saargebiet. Niedertage der „Lothringer“.

Bei den am vorigen Sonntag vollzogenen Wahlen im Saargebiet wurden in Saarbrücken gewählt: 14 Mehrheitssozialisten, 10 Unabhängige, 19 Zentrumskräfte, 16 Sammelkandidaten (Demokraten und Deutsche Volkspartei). Die sogenannte elsass-lothringische Wirtschaftsliste ging leer aus. Zahlreiche Orte mit Arbeiterbevölkerung, so Dillingen, Böllingen und Dudweiler haben sozialistische Mehrheiten. Die Kreisstädte Merzig und St. Wendel weisen Zentrumsmehrheiten auf. In Ottweiler verteilten sich die Siege zur Hälfte auf die Bürgerlichen und zur Hälfte auf die Mehrheitssozialisten.

Von allgemeinem Interesse auch für das übrige Deutschland ist die katastrophale Niederlage der sog. „Wirtschaftlichen Vereinigung“, die angeblich von den im Saargebiet ansässigen elsass-lothringern gegründet war, ihre Propaganda jedoch auf alle Saarländer ausdehnte und offenbar mit großen Mitteln arbeiten konnte. In Wirklichkeit stand hinter dieser Partei das Organ der französischen Werbepolitik im Saargebiet, der zweisprachige „Neue Saarkurier“. Es war die Partei der Franzosenfreunde, die allerdings in der Hauptfrage aus eingewanderten Lothringern zu bestehen scheint. „Versöhnung“ mit Frankreich hieß es auf ihrem Programm; Versöhnung ist das wirkliche Ziel der Hintermänner dieser Gruppe. Die Wahl am Sonntag hat gezeigt, daß die Bevölkerung des Saargebiets davon nicht das Geringste wissen will, daß sie deutsch ist und deutsch bleiben will. An dem gleichen Tage, an dem Ost- und Westpreußen gezeigt haben, wie dort reindeutsche Lande durch den Frieden von Versailles vergewaltigt worden sind, an dem Tage hat auch Saarbrücken der Welt bewiesen, wie unfähig die französische Darstellung war, es gebe hier eine national gemischte Bevölkerung.

Entlarvter Rockspitel.

Der deutschnationale Jüngling als Fälscher.

In Otho, wo seit zwei Monaten die Bürgerschaft durch anonyme Benachrichtigungen, die unterzeichnet waren: „Die mitteideutsche F. A. E. Abteilung Otho“, mit Tuschelungen und Drohungen in Aufregung versetzt wurde, hat man nach Meldung der „Post. Ztg.“ jetzt den Täter in der Person des 19-jährigen Oberrealschülers Franz Laurentin ermittelt. Laurentin, welcher der Führer der jetzigen deutschnationalen Jugendgruppe und eifriger Träger des Hakenkreuzes ist, gab bei seiner Festnahme an, er habe das Bürgerertum einkaufeln wollen. Man fand bei ihm eine Anzahl vorbereiteter Plakate, mit denen er das Bürgerertum auf neue in Aufregung versetzen wollte.

Man könnte zu etwas als Dummenjungenreich abtun, wenn nicht die gesamte altdeutsche Presse, „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ usw., auf Grund solcher und ähnlicher Materialen Tag für Tag die mühseligen Schauer-märchen aufbliesen und da Beachtung ernsthafter Leute verlangten.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 168

Mittwoch, den 21. Juli 1920

11. Jahrgang

Erwerbslosenfürsorge im Roten Hause Danzigs.

Stadtverordnetenversammlung am 20. Juli 1920.

Die Sitzung war äußerst schwach besucht, es hatten sich nur 26 Stadtverordnete eingefunden. Die Unabhängigen fehlten gänzlich. In vorgerückter Stunde erschien der Unabhängige Hietzkau um — ein gemüthliches Nidergehen — zu machen. Auch Magistrats- und Jugendrevisionsräte waren nur spärlich besetzt. Erst nach Schluß der Volltagssitzungen füllte sich der Saal.

Stadt. Schmiljan (Dem.) teilte in einem Schreiben mit, daß er wegen Uebernahme des Landratsamtes Löwenberg in Sch. sein Stadtverordnetenmandat niederlegt.

In der ersten Sitzung der Haushaltspläne für 1920 wurde fortgefahren.

Handwerk: Einnahme 272 940 M., Ausgabe 2 417 000 M., Zuschuß 2 144 160 M.

Müllabfuhr: Einnahmen 1 611 600 M., Ausgabe 1 884 200 M., Zuschuß 272 600 M.

Stadt. Frau v. Kozłowski (Dem.) wünschte eine Abfuhr des Mülls am Sonntagmorgen.

Straßenreinigung: Einnahmen 78 280 M., Ausgaben 347 900 M., Zuschuß 269 710 M.

Stadt. Kusch (Dem.) wendete sich gegen den unsauberen Zustand der Danziger Straßen. Auch die Bedürfnisanstalten seien unhygienisch.

Stadt. Dr. Lütke (Dem.) wies auf die Gefahr der Tuberkuloseübertragung durch den Straßenstaub hin.

Der Deputierter Künzler erklärte die Beschwerden als berechtigt an. Schuld daran sei jedoch nicht der Magistrat, sondern die Bürger selbst. Die Reinigung der Straßen sei Sache der Anlieger. Wirkliche Besserung könne nur erzielt werden, wenn die Stadt die Straßenreinigung in eigene Verwaltung übernimmt. Dies solle allmählich geschehen.

Stadt. Gen. Grünhagen verlangte die Uebnahme der Straßenreinigung in eigene Regie. Bei dem jetzigen Zustande sei eine Kontrolle der zur Reinigung Verpflichteten sehr schwierig. Danziger Straßen seien sehr schmutzig. Andere Städte, auch des Ostens wären erheblich sauberer. An dem unfreundlichen Straßenbild tragen auch die Bürger Schuld, die nutzlos Papier auf die Straße werfen. Am Strauß und in den Wäldern mache sich die gleiche Heftigkeit bemerkbar. Durch Ausschleichen von Papierkörben könne etwas zur Abhilfe geschehen.

Sta. Klein (Zentrum) wies darauf hin, daß besonders in der Altstadt viel Müll lagert. Die Polizeivorschriften über Straßenreinigung sollten wieder in Anwendung gebracht werden. Redner wünschte ferner die Beachtung der Radfahrervorschriften in der Karthäuser Straße in Schidlip.

Stadt. Gen. Katschewski erklärte, daß die Straßenreinigung vollständig neuorganisiert werden müsse. Sie müsse mit modernen Maschinen geschehen. Das Kabaarbeit werde in untergeordneter Weise als Schuttabdecker mißbraucht.

Handwerk: Einnahme 102 350 M., Ausgabe 839 060 M., Zuschuß 736 710 M.

Stadt. Gen. Krczynski wünschte eine Erhöhung der Summe (7000 Mark) für Lehr- und Lernmittel für bedürftige Schüler. Sparbarkeit sei hier am falschen Platze. Das Handwerk müsse wieder zu seinem guten Ruf kommen. Der Krieg habe auf das Handwerk böse gemerkt, deshalb sei hier eine offene Hand nötig.

Handwerk: Einnahmen 86 240 000 M., Ausgaben 84 740 000 M., Ueberschuß 1 500 000 M.

Elektrizität: Einnahmen 15 956 000 M., Ausgaben 15 456 000 M., Ueberschuß 2 500 000 M.

Stadt. Kusch (F. D. V.) wies auf den Rückgang im Verbrauch von Gas und Elektrizität hin. Ursache seien die hohen Preise, die ihren Grund in dem hohen Kohlenpreis hätten.

Stadt. Frau v. Kozłowski hoffte, daß in Zukunft die Preise für Licht und Kraftverbrauch herabgesetzt werden können. Sie begrüßte deshalb den Beschlusseinstellung im Volkstag, der die Ausnutzung der Wasserkraft des Freistaats regelt.

Verwaltungsmittelverwaltung: Einnahmen 2 810 500 M., Ausgaben 2 150 000 M., Zuschuß 660 500 M.

Stadterwerbsverwaltung: Einnahmen 1 226 000 M., Ausgaben 1 235 000 M.

Chemisches Untersuchungsamt: Einnahmen 40 720 M., Ausgaben 66 157 M., Zuschuß 25 437 M.

Allgemeine Verwaltung: Einnahmen 2 374 000 M., Ausgaben 8 737 000 M., Zuschuß 6 363 000 M.

Die Aussprache über diesen Haushaltsplan führte zu einer Beamtendebatte.

Stadt. Gen. Krczynski erklärte, daß die Beobachtung gemacht werden sei, daß einzelne Beamten ihre Pflicht nicht voll und ganz erfüllten. Es fehle ihnen anscheinend das Bewußtsein, daß sie Diener der Allgemeinheit seien.

Stadt. Kusch (F. D. V.) war der Ansicht, daß diese Meinung nicht bloß für die Kopparbeiter, sondern auch für die Handarbeiter gelten müsse. Redner rief es, daß während der Dienstzeit in den Bureaus geredet wird.

Stadt. Dumont erwiderte in Vertretung des Bürgermeisters, daß selbstverständlich jeder Beamte seine Pflicht erfüllen müsse. Im allgemeinen sei sich die Beamtenschaft ihrer Pflicht bewußt. Man möge das Material über einzelne Fälle den zuständigen Stellen übergeben.

Stadt. Kusch (F. D. V.) betonte, daß ein Teil der Beamten seine Pflicht erfülle, während der andere Teil es damit weniger streng nehme. Die Beamten hätten sich die größte Mühe gegeben, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Stadt. Klein (Zentrum) war der Ansicht, daß die Beamten ihre Pflicht voll und ganz getan haben und dafür Dank verdienen.

Stadt. Gen. Krczynski sprach die Erwartung aus, daß alle Beamten ihre Pflicht erfüllen. Sein diesbezügliches Material werde er den verantwortlichen Stellen überreichen. Für den Beamten werde gefordert, auch im Alter, das sei gut und richtig. Der Arbeiter sei den Mühen des Lebens schuldlos preisgegeben. Er müßte für sein Brot kämpfen. Deshalb kann man von allen, denen man eine bessere soziale Stellung zuerkennt, verlangen, daß sie das geschriebene Gesetz frei von Bürokratismus mit lebendem Geist erfüllen. Redner fragte an, warum das Arbeitsamt durch Sicherheitswehr bewacht werde?

Magistratssekretär Berent erwiderte, daß ihm von einer Bewachung des Arbeitsamtes nichts bekannt sei.

Der Petitionsausschuß berichtete über sechs Eingaben, u. a. äußerte der Verband der Bürgervereine eine Reihe von Straßenbahnwünschen. Man verlangte die Straßenbahn nach Gumbde. Der Bau werde jetzt jedoch etwa 6 bis 8 Millionen Mark kosten.



Der Fahrpreis würde 2 bis 2.50 M. betragen. Weiter wurden Spätfolgen für die Strecken Danzig—Ocha und Danzig—Ermals gewünscht. Ein ganz besonders volkreundliches Verlangen hat der Verband der Bürgervereine für die Strecke Danzig—Neufahrwasser. Die Petitionisten verlangten, daß Personen in Arbeitskleidung der Zutritt zu den Motorwagen verboten wird. Daraus wird natürlich nichts.

Zur Verbreiterung des Sternenganges in Schidlip wurden 24 000 Mark bereitgestellt.

Magistrat und Erwerbslosenfürsorge.

Der Magistrat teilte mit, daß er den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni 1920 betr. Gewährung von Erwerbslosenfürsorge an die Entlassenen der Reichsarmee nicht anerkennen könne. Die Verordnung gewährte Unterstützung nur bei Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge und verbiete die Zahlung bei Streiks und wirtschaftlichen Kämpfen.

Stadt. Kusch (Dem.) erklärte, daß diese Auslegung nicht richtig sei. Die Arbeiter der Danziger Werft seien entlassen worden, weil keine Arbeit vorhanden war.

Stadt. Gen. Krczynski machte darauf aufmerksam, daß der Magistrat schon zum zweiten Male einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betreffend Erwerbslosenfürsorge nicht beigesteuert ist. Der Arbeitsmangel auf der Werft sei auch eine Folge des Krieges. Etwa 1700 Arbeiter seien wegen Arbeitsmangels entlassen worden, wegen des Streiks der Schiffszimmerleute kaum ein Duzend. Früher habe der Magistrat die Frage, ob die Entlassenen ausbezahlt seien, verneint. Jetzt werde die Frage wieder bejaht. Die Entlassenen seien Opfer einer verkehrten Wirtschaftsordnung. Deshalb müßte für diese Unglücklichen gesorgt werden. Etwa 1000 der Entlassenen sollten keine Unterstützung bekommen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit in den Städten und auch auf dem Lande würden immer mehr fremde Arbeiter nach dem Freistaat gezogen. Man möge den Zugang sperren, bis heimische Danziger Arbeitslose Arbeit gefunden haben. Der Hunger treibe die Mittellosen naturgemäß auf Abwege.

Stadt. Dr. Lühn (Zentrum) wünschte Aufklärung, ob sich in diesem Falle ein Verwaltungsbeschwerdenverfahren einleiten lasse.

Stadt. Krczynski erwiderte, daß nach der Städteordnung lediglich ein Ausschuss von Stadtverordneten- und Magistratsmitgliedern eine Verhandlung herbeiführen könne.

Stadt. Gallowski (Zentrum) betonte, daß seit dem 1. Juni die Zahl der Arbeitslosen wieder steigt. Nach den Anordnungen des deutschen Arbeitsamts erhalten auch die jetzt arbeitslos gewordenen Personen die Erwerbslosenfürsorge. Das müsse auch im Freistaat möglich sein. Vor 5 Wochen habe man doch schon eine zugehörige Erklärung abgegeben.

Stadt. Dr. Lühn (Zentrum) stellte den Antrag, einen Mitglieder-Ausschuß zur Prüfung der Angelegenheit zu wählen.

Stadt. Gen. Krczynski

wies darauf hin, daß der Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge mit 4 Stimmen Mehrheit die Gewährung der Unterstützung an die Entlassenen der Danziger Werft beschlossen habe. Der diesen Beschluß umföhrte, kenne die Not der Arbeiter nicht. Unter ihnen herrsche große Erregung. Die Entlassungen erfolgten nicht wegen Streik, sondern wegen Arbeitsmangel.

Stadt. Gen. Krczynski

nannte die Verweigerung der Unterstützung grauzaam. Der Beschluß hätte nicht erfolgen können, wenn der Magistrat richtig informiert gewesen wäre. Die Entlassungen seien erfolgt, weil der Umbau der „Brandenburg“ nicht mehr rentabel ist. Zwischen dem Arbeitsamt und der Werfleitung ist anscheinend eine Verständigung erfolgt, weil ein Teil der Arbeiter wegen Arbeitsmangel ein anderer Teil jedoch wegen Streiks der Schiffszimmerleute entlassen worden ist.

Stadt. Gen. Krczynski

erwiderte, daß die Frauen auch vermahren sollen, zu tun, was sich gebührt und was eine verantwortliche Pflicht und Schuldigkeit ist!

„Es ist keine Bescheidenheit, die dies sagt.“ antwortete die Arbeiterin, „dies ist vielmehr verborgener Hochmut! Denn ihr glaubt wohl, daß ihr müßt dabei sein, wenn es irgend etwas ist, und nur, weil ihr den gewohnten stillen Gang der Dinge verachtet, so haltet ihr euch für zu gut, dabei zu sein!“

„Es ist aber in der Tat lächerlich, allem das zu sagen.“ sagte Fritz, „jedermann sieht einen hingehen, wo dann niemand als die Kirchenmaus zu sehen ist.“

„Bei allen kleinen Angelegenheiten.“ erwiderte Frau Amraiz, „bei allen kleinen Geschäften, allen Vergnügungen und Dummdreierien, bei allem Gewerbe- und Geschäftsbetrieb bestreift man sich der größten Unbilligkeit; aber alle vier Jahre einmal sich radikal und vollständig zu einer Maßnahme einzufinden, welche die Grundlage unseres ganzen öffentlichen Lebens und Regiments ist, das soll langweilig sein, unaussprechlich und lächerlich! Das ist in dem Belieben und in der Bequemlichkeit jedes einzelnen Regens, der immer nach seinem Rechte schreit, aber sobald dies Recht nur ein bißchen auch nach Pflicht riecht, sein Recht darin lüßt, keines zu üben! Wie, ihr wollt einen freien Staat vorstellen und seid so faul, alle vier Jahre einen halben Tag zu opfern, einige Aufmerksamkeit zu zeigen und eure Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Regiment, das ihr vertragenmäßig eingeseht, zu offenbaren? Sagt nicht, daß ihr immer da wäret, wenn es sein müßte! Wer nur da ist, wenn es ihn betrifft und seine Leidenschaft regt, der wird einmal ausbleiben und sich eine Rasse drehen lassen, gerade wenn er am wenigsten daran denkt.“

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert und so auch der, welcher für das Wohl des Landes arbeitet und dessen öffentliche Dinge besorgt, die in jedem Hause in Einrichtungen und Gegeben auf das tiefste eingreifen. Schon die allerniedrigste Kränklichkeit und Schwäche gegen die betrauten Männer erfordert es, wenigstens an diesem Tage sich vollständig einzufinden, damit sie sehen, daß sie nicht in der Luft stehen. Der Zustand vor der Hochzeit und das Beispiel für die Kinder verlangen es ebenfalls, daß diese

Wie eine Mutter ihren Sohn zum Wählen brachte.

Von Gottfried Keller.

In der freien Republik der Schweiz hat sich das demokratische Staatsbewußtsein und das Gemeinheitsgefühl der Staatsbürger, die sich selbst regieren, naturgemäß anders ausgebildet können, als im früheren Deutschland, da die Obrigkeit den Untertan regierte. Dieses freie und für uns Deutsch, vorbildliche Staatsbewußtsein tritt uns in den Werken des Dichters Gottfried Keller in leuchtender Schönheit entgegen. Wir bringen hier eine Stelle aus der Novelle „Frau Regel Amrain und ihr Jüngling“ zum Abdruck. Gottfried Keller erzählt, wie eine Witwe durch ihr eigenes Beispiel ihren Sohn zu einem tüchtigen Menschen erzieht. Zuletzt gibt diese tapfere und geschickte Frau eine kostbare Probe der Beziehung zum Staatsbürger.

Fritz aber, da er bereits ein würdiger Familienwart war, mußte doch noch einmal in die Schule genommen werden von der Mutter, und zwar in einer Sache, um die sich manche Mütter vom gemeinen Schläge wenig kümmern hätte. Der Sohn war ungefähr zwei Jahre schon verheiratet, als das Ländchen, welchem Seidwila angehörte, seinen obersten maßgebenden Rat neu zu befragen und deshalb die vierjährigen Wahlen vorzunehmen hatte, infolge deren denn auch die verwaltenden und richterlichen Behörden bestellt wurden. Bei den letzten Hauptwahlen war Fritz noch nicht stimmfähig gewesen und es war jetzt das erste Mal, wo er dergleichen beizuwohnen sollte. Fritz kümmerte sich auch wenig um die Wahlen, so sehr er sich vor vier Jahren gefehlt hatte, daran teilzunehmen. Er dachte sich, da alles gut ginge im Lande, so sei kein Grund, den öffentlichen Dingen nachzugehen und die Maschine werde deswegen nicht stillstehen, wenn er schon nicht wählte. Es war ihm un bequem, an dem schönen Tage in der Kirche (die Wahlen wurden in der Schweiz in der Kirche veranstaltet) zu sitzen: in seinen alten Leuten; und, wenn man es recht betrachtete, schon ein Anflug von philisterhafter Lächerlichkeit zu erleben an den vierjährigen Wahlen, da sie gar so stille und regelmäßige

Pflichterfüllung waren. Er ging an dem betreffenden Morgen in aller Frühe in seinen Steinbruch hinaus und schaffte dort in der warmen Maihitze so eifrig und ernsthaft herum, als ob an diesem einen Tage noch alle Arbeit der Welt getan werden müßte und nie wieder die Sonne aufginge hernach. Da ward seine Mutter ungehalten und setzte ihren Kopf darauf, daß er dennoch in die Kirche gehen sollte; und sie band ihre immer noch glänzend schwarzen Zöpfe auf, nahm einen weichen Strohhut darüber und freies Rod und Hut an den Arm und wanderte reich hinter das Städtchen hinaus, wo der weitaufgesehene Steinbruch an der Höhe lag. Als sie den langen, krummen Fohrweg hinaufstieg, auf welchem die Steinlasten herabgebracht wurden, bemerkte sie, wie tief der Bruch seit 20 Jahren in den Berg hineingegangen und überfüllt das ungewöhnliche gute Ertrium, das sie erworben und zusammengehalten. Auf verschiedenen Abteilungen hämmerten zahlreiche Arbeiter, welchen Fritz längst ohne Werkführer vorlaufe, was zu oberst, wo großes Buchenholz die höchsten weichen Früchte trug, erkannte sie ihn jetzt selbst an seinem weissen Hemde, da er Weite und Jade weggeworfen, wie er mit einem Trüppchen Leute die Äpfel zusammenstochte über einem Punkt, gleichzeitig aber sah man sie und rief ihr zu, sich in acht zu nehmen. Sie duckte sich unter einen Felsen, worauf in der Höhe noch einer kleiner Stille ein harter Schlag erfolgte und eine Menge kleiner Feine und Gede rings herumherregneten. „Da glaubt er nun.“ sagte sie zu sich selbst. „Was er für Schamner verrichtet, wenn er hier seinen gen Himmel sprengt, statt seine Pflicht als Bürger zu tun!“ Als sie oben ankam und verschaukelte, schien er, nachdem er städtig auf den Rod und Hut geschickt, den sie trug, sie nicht zu bemerken, sondern unterrichtete eifrig die Arbeiter, die er eben gesprengt und fuhr mit dem Rollrod an den Steinen herum. Als er für aber nicht mehr vermeiden konnte, sagte er: „Guten Tag, Mutter! Spaziert ein wenig? Schön ist das Wetter dazu!“ und wollte sich wieder weg machen. Sie ergriff ihn aber bei der Hand und führte ihn etwas zur Seite, indem sie sagte: „Hier habe ich dir Rod und Hut gebracht, nun tu mir den Gefallen und geh zu den Wahlen! Es ist eine wahre Schande, wenn niemand geht aus der Stadt!“

„Das fehlte auch noch.“ erwiderte Fritz ungeduldig, „jetzt aber muß bei diesem Wetter in der langweiligen Kirche zu sitzen und Stimmzettel umherzuwerfen. Natürlich müßt du dann für den Nachmittags irgend ein Belieben in Bereitschaft haben, wo ich wieder mithumpeln soll! Und die Tag so ganz wackelnd werde! Daß ihr Weibsknecht mich immer an Begünstigten und Kinderkramen hinführt, ist lächerlich; daß ihr

auch aber so sehr um die Politik kümmert, ist mir ganz etwas Neues!“

„Schande genug.“ sagte sie, „daß die Frauen auch vermahren sollen, zu tun, was sich gebührt und was eine verantwortliche Pflicht und Schuldigkeit ist!“

„Es ist aber nicht so.“ erwiderte Fritz, „seit wann wird dem der Staat Hilfe thun, wenn einer mehr oder weniger mitgeht, und seit wann ist es denn nötig, daß ich gerade überall dabei bin?“

„Es ist keine Bescheidenheit, die dies sagt.“ antwortete die Arbeiterin, „dies ist vielmehr verborgener Hochmut! Denn ihr glaubt wohl, daß ihr müßt dabei sein, wenn es irgend etwas ist, und nur, weil ihr den gewohnten stillen Gang der Dinge verachtet, so haltet ihr euch für zu gut, dabei zu sein!“

„Es ist aber in der Tat lächerlich, allem das zu sagen.“ sagte Fritz, „jedermann sieht einen hingehen, wo dann niemand als die Kirchenmaus zu sehen ist.“

„Bei allen kleinen Angelegenheiten.“ erwiderte Frau Amraiz, „bei allen kleinen Geschäften, allen Vergnügungen und Dummdreierien, bei allem Gewerbe- und Geschäftsbetrieb bestreift man sich der größten Unbilligkeit; aber alle vier Jahre einmal sich radikal und vollständig zu einer Maßnahme einzufinden, welche die Grundlage unseres ganzen öffentlichen Lebens und Regiments ist, das soll langweilig sein, unaussprechlich und lächerlich! Das ist in dem Belieben und in der Bequemlichkeit jedes einzelnen Regens, der immer nach seinem Rechte schreit, aber sobald dies Recht nur ein bißchen auch nach Pflicht riecht, sein Recht darin lüßt, keines zu üben! Wie, ihr wollt einen freien Staat vorstellen und seid so faul, alle vier Jahre einen halben Tag zu opfern, einige Aufmerksamkeit zu zeigen und eure Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Regiment, das ihr vertragenmäßig eingeseht, zu offenbaren? Sagt nicht, daß ihr immer da wäret, wenn es sein müßte! Wer nur da ist, wenn es ihn betrifft und seine Leidenschaft regt, der wird einmal ausbleiben und sich eine Rasse drehen lassen, gerade wenn er am wenigsten daran denkt.“

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert und so auch der, welcher für das Wohl des Landes arbeitet und dessen öffentliche Dinge besorgt, die in jedem Hause in Einrichtungen und Gegeben auf das tiefste eingreifen. Schon die allerniedrigste Kränklichkeit und Schwäche gegen die betrauten Männer erfordert es, wenigstens an diesem Tage sich vollständig einzufinden, damit sie sehen, daß sie nicht in der Luft stehen. Der Zustand vor der Hochzeit und das Beispiel für die Kinder verlangen es ebenfalls, daß diese

Amnestie und Elektrizitätswirtschaft.

Das Ringen mit der sozialen Hartnäckigkeit der bürgerlichen Mehrheit des Volkstages bestimmte auch gestern bei der Weiterberatung der sozialdemokratischen Amnestieforderung den Beginn der Verhandlungen. Und wieder errang die Rückständigkeit der Mehrheit einen Erfolg, der sie wohl verdient kennzeichnet. Zur Abwehr der harten Bestrafung für Rückfallsdiebstahl wollten unsere Genossen einfach folgerichtig, daß die durch die Amnestie gelösten Strafen auch anderen Verurteilten später nicht mitteilt werden dürften. Die sozialdemokratischen Redner, Genosse Müller u. a., gaben sich alle Mühe, auch als juristische Sachverständige den gegnerischen Widerstand zu überwinden. Leider vergeblich! So wird jetzt in vielen Fällen die Bestrafung nicht erfolgen, aber bei späteren Vergehen besonders verschärft durchgeführt werden. Immerhin zwang das sozialdemokratische Drängen die Mehrheit zur Annahme einer Resolution, die für später die Regelung dieser Fragen fordert. Ein Erfolg wurde unserer Genossen und der wirksamen rednerischen Vertretung des Genossen Dr. Rint dadurch, daß es ihnen gelang die Amnestie auch für Einbruchdiebstahl zu erreichen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Regelung des Armenrechtes zwischen Danzig und den Nachbarstaaten forderte, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Die weitere Tagesordnung beschäftigte sich mit wirtschaftlichen Fragen. Bei der Erörterung der Elektrizitätswirtschaft des Freistaates machte Genosse Bohn auf die rückständige Haltung der demokratischen „Danz. Stg.“ zu diesen und überhaupt allen gemeinwirtschaftlichen Fragen aufmerksam. Prof. No. 2, der als Vertreter der Demokraten technisch wertvoll sprach, lehnte die „D. Stg.“ als demokratisches Blatt hienemenswert rücksichtslos ab. Wir stehen mit der „D. Stg.“ in gar keiner Verbindung und können für den Artikel, den Herr B. erwähnte, jede Verantwortung ab. Das mußte dem Blatte und der Partei Heinrich Niewers passieren. Danach ist die demokratische Partei die einzige in Danzig, die über kein eigenes Parteiblatt verfügt!

9. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 20. Juli 1920.

Bei Eintritt in die Tagesordnung leitete der Präsident mit, daß der Verfassungsausschuß nach 18 Sitzungen seine Arbeit beendet und den Entwurf in den nächsten Tagen den Fraktionen übermitteln würde. Darauf setzte das Haus die Beratung über den Amnestieentwurf fort. Nach dem Entwurf der Kommission soll die Amnestie nicht in Frage kommen für Strafen wegen Schleichhandels, übermäßiger Preissteigerung und Einbruchdiebstählen. Die Sozialdemokratie beantragte demgegenüber, daß auch Strafen für Einbruchdiebstahl unter die Amnestie fallen sollen. Genosse Dr. Bing sprach für den sozialdemokratischen Antrag. Dem menschlichen Standpunkt aus sind manche Einbruchdiebstahl leichter zu bewerten als sogenannte „einfache“ Diebstähle. Für die Sie die Amnestie wollen eintreten lassen. Befandenes Gericht legen wir aber darauf, daß Jugendliche unter 18 Jahren auf jeden Fall unter die Amnestie fallen. Viele Jugendliche werden erst bei Verhängung ihrer Strafe verurteilt, weil sie dort mit gewerbemäßigen Verbrechern längere Zeit zusammenkommen.

Abg. Dr. Neumann (F. W. V.) erklärte, daß Einbrecher nicht würdig für die Amnestie seien. Die Jugendlichen müßten jedoch derselben teilhaftig werden. Demgegenüber erklärte sich Abg. Dr. Bunte auch für Bestrafung der Jugendlichen.

Abg. Dr. Rint (Soz.): Dem Ideal der Gerechtigkeit werden wir mit keiner Amnestie genügen, aber wir müssen nach Möglichkeit alle Ungerechtigkeiten vermeiden. Redner brachte dann aus seiner reichlichen Praxis einige Beispiele vor, um zu zeigen, welche Ungerechtigkeit es bedeuten würde, wenn die Einbruchdiebstahl nicht unter die Amnestie fallen sollten. Wenn jemand z. B. eine Zigarettenschießmaschine und daraus einige Zigaretten entwendet, so gilt das als Einbruchdiebstahl, während ein Dieb, der auf dem Bahnhof einen schweren Reisestoff entwendet, nur wegen einfachen Diebstahls bestraft wird. Als schwerer Diebstahl gilt auch, wenn ein Jugendlicher über einen Fahrradkassettentast und aus der Kassetten einige Stücke altes Eisen mitnimmt oder sich die Taschen voll Bonbon füllen würde. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um auf erzieherischem Wege die Jugend mehr zu beeinflussen.

Nachdem sich auch Abg. K. u. o. v. l. für die sozialdemokratischen Anträge erklärt hatte, wurde die Debatte geschlossen. In der darauf folgenden Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschen und freien Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Der § 5 des Entwurfes besagte, daß die amnestierten Strafen in vollem Umfange im Strafregister zu löschen sind und daß über die gelöste Strafe weder mündliche noch schriftliche Auskunft erteilt werden darf. Gegen den letzten Absatz erklärte sich der Abg. Dr. Bunte, da er bei dem Stand der heutigen Gesetzgebung nicht zustimmig sei. Da er aber mit der Tendenz des Antrages einverstanden war, beantragte er die Annahme einer Entschärfung, in welcher der Staatsrat erlucht wird, ein ähnlich lautendes Gesetz Deutschlands zu übernehmen. Abg. Müller (Soz.) erwiderte dem Abg. Bunte, daß nach dem Stand der heutigen Gesetzgebung die Gerichte der Amnestie nur dann nicht Rechnung tragen dürften, wenn sie von der amnestierten Strafe des Angeklagten Kenntnis hätten. Amnestie bedeutet jedoch Veressenheit, und es liegt kein Grund vor, den Gerichten die amnestierte Strafe zur Kenntnis zu bringen. Gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen wurde der Passus abgelehnt und folgender Antrag angenommen:

Der Staatsrat wird erlucht, sobald es möglich eine Verordnung mit Strafregister zu erlassen, durch die das Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken vom 9. April 1920 auch für das Gebiet der fünfzig freien und hantschaft Danzig in Kraft gesetzt wird.

Die dritte Lesung der Vorlage wurde auf Verlangen der Bürgerlichen verlag.

Die Elektrizitätsversorgung des Freistaates.

Zur Beratung stand dann der Entwurf des Staatsrates über Errichtung eines Elektrizitätsamtes für den Freistaat. Danach soll ein Elektrizitätsamt der Freien Stadt Danzig errichtet werden, das mit einem zu wählenden Beirat zusammen die Versorgung Danzigs mit Elektrizität zu regeln hat. In der Begründung der Vorlage wird auf den Brennstoffmangel im Freistaat hingewiesen. Wir benötigen bei knappster Berechnung 45 000 Tonnen monatlich, während wir aus Deutschland nur 22 000 Tonnen erhalten. Die ausländische Kohle ist bei dem heutigen Stand der Valuta zu teuer. Deshalb ist notwendig, daß alle im Freistaat beschäftigten Werke, die zur Erzeugung elektrischer Kraft nutzbar gemacht werden, um so an Kohle zu sparen. Es wird beabsichtigt, die Staustufen in Weikau und Ramin auszubauen. Dadurch würde es möglich sein,

dauernd 40 Prozent der Elektrizitätsversorgung im Freistaat durch Wasserkraft zu decken.

Oberbürgermeister Sahn erklärte, daß die Angelegenheit für Danzig von größter Wichtigkeit sei. Er hat deshalb einen Ausschuß einzusetzen, dem der Staatsrat noch nähere Auskunft geben würde.

Abg. Bohn (Soz.): Wir sind für die Vorlage, und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß auch von bürgerlicher Seite die Notwendigkeit der Sozialisierung anerkannt wird. Wir wollen aber kein Ständrecht. Aus der Begründung kann man entnehmen, daß nur eine vorübergehende Maßnahme geplant ist. Sämtliche Einrichtungen für Elektrizitätswirtschaft müssen auf zentraler Grundlage staatlich organisiert werden. Der Entwurf ist dem deutschen Reichsgesetz entnommen. Nur hat der Vater des Entwurfes das im deutschen Reichsgesetz ausgesprochene Wort „Sozialisierung“ nicht genannt, wahrscheinlich aus Angst vor den bürgerlichen Parteien. In der „Danziger Zeitung“, dem Organ der Demokraten, wurde schon kürzlich auf die angeblich schlimmen Folgen hingewiesen, welche die sozialistische Elektrizitätswirtschaft haben würde. Mögen die Demokraten hier beweisen, daß sie nicht dauernd die rückständige Partei dieses Hauses sind.

Nach weiterer Debatte wurde die Vorlage einem 17 gliedrigen Ausschuß überwiesen.

Ein Gerichtsabkommen mit Deutschland und Polen.

Von sozialdemokratischer Seite war beantragt worden, den Oberkommissar zu eruchen, möglichst bald mit dem Deutschen Reich und Polen ein Abkommen zu treffen, wonach den Danziger Staatsangehörigen bei deutschen und polnischen Gerichten das Armenrecht gewährt wird. Ein polnischer Antrag wünschte das Abkommen auch für andere juristische Gebiete zu erweitern. Oberbürgermeister Sahn erklärte, daß der sozialdemokratische Antrag nicht weit genug gehe. Wir müssen möglichst bald mit Deutschland und Polen ein allgemeines Rechtsabkommen treffen, wobei auch das Armenrecht Berücksichtigung findet. Die beiden Anträge wurden schließlich dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Zusammensetzung des Wirtschaftsamtes.

Hierzu lag folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor:

Die Verfassunggebende Versammlung wolle beschließen, den Staatsrat zu eruchen, die Zusammensetzung des Wirtschaftsamtes der Freien Stadt Danzig zu ändern, und zwar den Vorstand mit 12, sowie den Beirat nach der Verhältniswahl, wie alle anderen Ausschüsse des Volkstages, mit 17 Mitgliedern desselben zusammenzusetzen.

Abg. Reel (Soz.) begründete eingehend den Antrag. Durch eine frühere preussische Dienststelle ist eine Verordnung erlassen worden, wonach für das Gebiet der Freien Stadt Danzig ein Wirtschaftsamts gegründet werden sollte. Dieses Wirtschaftsamts hat einen Beirat, in welchem die Vertreter der Erzeuger, die auch alle der Deutschen nationalen Partei angehören, die Mehrheit bilden. Wir verlangen mit unserem Antrag, daß der Beirat nach dem Verhältnis der Parteien neu zusammengesetzt wird und daß auch der Vorstand des Wirtschaftsamtes in gleicher Weise gebildet wird. Durch die Tätigkeit des bisherigen Beirates ist die wertvolle Beschäftigung Danzigs auf schwerste geschädigt worden. Durch einwandfreie Statistiken ist festgestellt, daß wir in Danzig unter den deutschen Großstädten die niedrigsten Löhne haben, während die Löhnerung immer weiter fortschreitet. So ist das Brot in wenigen Monaten von 80 Pf. pro Kilo auf 1,60 Mk. erhöht worden. Die Margarine von 7,80 Mk. auf 12 Mk. pro Pfund. Die erste Last dieses Beirates war, den Milchpreis in Danzig bedeutend zu erhöhen. (Zurufe rechts.) Staatsrat Grünspan ist nicht der alleinige Vertreter des Wirtschaftsamtes, bei der jetzigen Zusammensetzung ist er natürlich machtlos. (Zuruf rechts: Der arme Grünspan!) Der Beirat steht nicht nur den Ausfuhrpreisen auf 25 Pf. pro Zentner fest, sondern verlangte auch, daß der durch den Export erzielte Gewinn zu einem Drittel in die Taschen der Agrarier fließen sollte.

Jauner haben wir auch gehört, daß im Freistaat ein ungeheurer Viehmangel herrschen soll. Bei den höchsten Herdbuchquotienten wurde jedoch wertvolles Vieh aus Danzig ausgeführt. Jetzt sollen die neuen Getreidepreise festgesetzt werden. Nach einer Statistik, die von den Herren im Wirtschaftsamtsbeirat aufgemacht ist, soll es unbedingt notwendig sein, daß die Lohne Roggen mit etwa 2000 Mk. bezahlt werden muß. In Deutschland beträgt der Preis für die Tonne 1400 Mk. So besteht also hier die Gefahr, daß trotz der glänzenden Ernte, die wir im Freistaat haben, der Getreidepreis gewaltig erhöht wird. Wie die Erzeuger mit der Beschäftigung Schindluder treiben, zeigt sich auch jetzt wieder bei der Kartoffellieferung. Weil der Höchstpreis herabgesetzt ist, liefern die Erzeuger und Händler keine Kartoffeln mehr, so daß heute die Hausfrauen vergeblich nach Kartoffeln umherlaufen. (Zuruf rechts: (Tina!) Das stimmt nicht, es waren in der Markthalle genügend Kartoffeln!) Alle diese Tatsachen veranlassen uns darauf zu dringen, daß der Vorstand und Beirat des Wirtschaftsamtes eine andere Zusammensetzung erfahren, damit die Konsumenten innerhalb des Freistaatsgebietes zu ihrem Recht kommen. (Zuruf rechts: (Tina!) Abg. Wahn (Unabh.): Soviel mir bekannt ist, soll der Roggenpreis in Danzig auf etwa 1200 bis 1300 Mk. bemessen werden für die Tonne. Aber selbst dieser Preis würde eine erhebliche Verteuerung des Brotes bedingen. In den nächsten Tagen stehen wahrscheinlich große Lebensmitteldemonstrationen im Freistaat bevor.

Oberbürgermeister Sahn: Die Angaben des Abg. Reel treffen nicht zu. Die Lebensmittelpreise sind im Freistaat Danzig bedeutend billiger als in den Nachbarstädten. Ich bin bereit, zu Donnerstag eine Sitzung des Staatsrates einzuberufen, in welcher über eine Neuzusammensetzung des Beirates Beschluß gefaßt werden kann. Sie haben dann noch die Möglichkeit, in ihrer Ausschussung die Materie nochmals kundzugeben.

Abg. Gehl erklärt sich mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden, wenn verhindert wird, daß der alte Beirat die neuen Getreidepreise festsetzt. Die Abg. Rint und D. v. l. (Tina!) erklärten sich in erregten Worten gegen die angebliche Rundstimmung der Erzeuger.

Die Materie wird schließlich einem 17 gliedrigen Ausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 2 Uhr.

Eine parlamentarische Fällung des „Freien Volk“.

Das unabhängige „Freie Volk“ macht sich in seinem sogenannten Bericht über die am Montag abgehaltene Sitzung des Volkstages einer Fällung schuldig, die trotz der üblichen Unwahrhaftigkeit des Blattes ein Schandmal ist. In seiner gestrigen Ausgabe schreibt das unglückliche Diktatororgan:

Der Antrag unserer Fraktion, den Angehörigen des Hauses ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung zu gewähren, wurde abgelehnt. Mit den bürgerlichen Anwesenheitsvertretern stimmten auch die Rechtsf. u.

Vorsitzender des Zentralverbandes der Angehörigen, Dr. Bing und verschiedene andere gegen unseren Antrag.“ Diese Anrede unserer Genossen ist eine unerschämte frech erlogene Unwahrheit! Dabei liegt der Herr Gebauer, der das Blättchen des Herrn Stadtrats Raube verantwortlich zeichnet, mit seiner Fraktion im Volkstage unmittelbar neben der Sozialdemokratie. Er muß also aus eigener Anschauung am allerbesten wissen, wie gewissenlos unsere Genossen durch ihn und sein Blättchen verleumdet worden sind. Es handelt sich in diesem Falle um eine so ehrliche Fällung der parlamentarischen Wahrheit und um eine so grobe Mißachtung von Treu und Glauben, daß unsere Genossen Dr. Bing und Deu durch eine öffentliche Erklärung als Abgeordnete gegen die Fällungspraktiken des „Freien Volk“ Stellung nehmen werden.

Danziger Nachrichten.

Die Jagd nach Kartoffeln

Ist die neueste Plage für die Danziger Hausfrauen und Verbraucher. Nirgends sind Kartoffeln zu haben, seit am Montag der Preis für das Bund von 60 auf 85 Pfg. herabgesetzt worden ist! Auf dem inneren Fischmarkt standen heute früh schon viele lange Schlangen vergeblich wartender Kartoffelkäufer. Sobald sich ein Wagen, der anscheinend Kartoffeln führt, bilden läßt, folgen ihm Kaufleute, die schon lange vergeblich anderwärts gesucht haben. Heute vormittag haben wir auf dem Nevelesplatz wie der Führer eines Kartoffelwagens das Pferd zum Trab antrieb. In jedem dieser armen Frauen hinter dem davoneilenden Gefährt her. Solche Szenen müßten jetzt unbedingt vermieden werden. Gegen die Erzeuger und Händler, die sogar die Kartoffeln in blindgewordener Profitgier zu verkaufen, muß rücksichtslos vorgegangen werden. Die beim Schändlichen Wucher muß schonungslos das Handwerk gelegt werden.

Tötung eines Kartoffeldiebes.

In der Marienstraße in Ohra wurde gestern spät abends ein junger Mann von etwa 17 Jahren von dem Eigentümer einer kleinen Parzelle beim Diebstahl von Kartoffeln überrocht. Bei der Auseinandersetzung wurde auch geschossen. Der Entwerder der Kartoffeln wurde von einem Schuß so unglücklich getroffen, daß er getötet wurde. Nähere Einzelheiten des Falles konnten wir noch nicht ermitteln.

Ende des Streiks bei Hodam und Rejter. Der Streik bei der Firma Hodam u. Rejter ist gestern beigelegt worden. Die Angestellten haben ihre Arbeit wieder aufgenommen.

Juppoter Tanzspiel Bob Peter. Der Tanzabend, den die Primaballerina der Berliner Staatsoper, Bob Peter, Mittwoch abend im roten Saal des Juppoter Kurhauses gibt, bringt neben Tänzen von Pils, Kabare, dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, Goldmark, einen spanischen Volkstanz La Manola und ein Menuett, dessen Musik eine Handschrift aus dem 18. Jahrhundert, während der deutschen Besetzung Riga in der dortigen Stadtbibliothek aufgefunden wurde und Frau Peter abschrittlich zur choreographischen Ausbeutung zur Verfügung gestellt worden ist. Während der Pausen wirken die Damen Boelle und Joachim vom Juppoter Stadttheater mit. Die Lieber von Wolff, Kautsch und R. Strauß singen werden. Der Beginn ist auf pünktlich 8 1/2 Uhr festgesetzt worden.

Bei Baden ertrunken. Am Sonntag erkrankt beim Baden im Mariensee der 15 jährige Sohn des Einwohners Marienshinken aus Ostrolaken. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche brachten den Verunglückten für Augenblicke zur Besinnung, doch machte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende.

In die Mottlau geküßt. Vorgehens nachmittags gegen 5 Uhr fiel ein etwa zwölfjähriger Knabe am Schützenfest in die Mottlau. Er hielt sich längere Zeit über Wasser, bis er von den Passanten herausgezogen und nach dem Hafensamt gebracht wurde. Da der Knabe keine Angaben machen konnte, mußte er bis gestern Morgen dort verbleiben, und konnte sich dann erst nach Hause begeben.

Dortliche Parteinaudrichten.

Verein Arbeiterjugend Danzig. Heute, Mittwoch, den 21. Juli, findet im Jugendheim, Weikauerbühlengasse 1/2, ein Brettspielabend statt. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Verein Arbeiterjugend Ohra. Am Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung ist von größter Wichtigkeit. Es ist Pflicht eines jeden Vereinsmitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Kinderausflug nach Jächental. Morgen, Donnerstag, den 22. Juli, Ausflug nach Jächental. Abmarsch pünktlich 2 Uhr von der Markthalle. Zahlreiche Beteiligung der Jugend wird erwartet.

Sozialdemokratische Versammlung in Heubude. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, im Hotel Drama. Große sozialdemokratische Versammlung. Der Volkstagsabgeordnete Georg Deu wird über die Verfassung der Partei und über die Lebensmittelversorgung sprechen.

Polizeibericht vom 21. Juli 1920. Verhaftet: 9 Personen, darunter: 4 wegen Diebstahls, 5 in Polizeihof. Gefunden: 1 Gesellschaftliche mit Geiß; abgeholt aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten. — Juge laufen: 1 gelbe Henne; abgeholt von Volk, Straußgasse 7 a. Hirtengebäude. 1 weiß und schwarze Hirtengebäude. Hirtengebäude ohne Marke, abgeholt von Hrl. Melitta Randrecht, Heil. Geißgasse 49.

Wasserstandsnuachrichten am 21. Juli 1920.

gestern		heute	
Zawilshof	1,13	1,23	1,06
Warkau	1,31	1,23	0,58
Schnau	—	—	0,57
Waldenbera	—	—	0,56
Reuhorsterbusch	—	—	0,56
Thorn	0,80	0,73	2,52
Forbon	0,70	0,67	2,58
Gulm	0,60	0,58	2,42
Graben	0,64	0,69	0,19
			0,36
			—
			—

Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Rupp. Die die Interate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Aus aller Welt.

Die „Lobliche Kunst“ und ihre Opfer.

Eine unheimliche Entdeckung. Die Leiche eines Mannes, der in der Kolonialwarenhandlung eines hiesigen Kaufmanns hingerichtet worden war, wurde durch die Leichenbeschauung der Leichenbeschauerin Frau Maria ...

Die Leiche wurde in der Nacht vom 22. bis zum 23. Juli in der Kolonialwarenhandlung ...

nehmen nach welchen die die Sachen ihres ...

Bestandteile ...

Einige praeheilenische Totentafeln in Italien.

Entdeckungen ...

Wohlhabende ...

Ein Duell auf offener Straße

wurde, wie aus Köln gemeldet wird, in der Nähe von Solingen ...

Ärztliche Bekanntmachungen.

Ausgabe der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder.

Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 6. Juni 1917 ...

1. Von Donnerstag, den 22. bis Sonnabend, den 24. Juli erhalten die Haushaltungen ...

2. Die Lebensmittelkarten hat der Händler mit seinem Firmensiegel ...

3. Die hereinabgenommenen Hauptmarken Nr. 192 sind von den Händlern ...

4. Die hereinabgenommenen Hauptmarken Nr. 192 sind von den Händlern ...

Danzig, den 21. Juli 1917. (1852) Der Magistrat.

Kleinderkaufspreis für Käse.

1. Halbfestkäse darf bis auf weiteres im Kleinderkauf nur zu 3,40 M. abgegeben werden.

2. Zuwiderhandlungen werden mit Befugnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

3. Die Verordnung tritt Donnerstag, den 22. Juli in Kraft.

Danzig, den 20. Juli 1917. (1856) Der Magistrat.

Dr. Georg Fistor:

Kommentar zum Betriebsrätegesetz

...

Geschlechtsleiden!

versucht ...

Apfel ...

Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092
Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunststadt.
Heute Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr
„Wo die Lerche singt“
Operette in 3 Akten, Musik v. Franz Lehár.
Sonnabend, d. 24. Juli, abds 7 1/2 Uhr
Zum ersten Male!
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Koder, Langermarkt 23 und von 10-5 Uhr im Warenhaus Freymann.
Sonnabends v. 9-2 an d. Theaterkasse in Vorbereitung:
„Die Schönste von Allen“
in den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Zoppoter Stadttheater.

Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr.
„Polenblut“
Operette in 3 Akten von Oscar Nedbal.
Freitag, den 23. Juli: „Die Büchse der Pandora“
Sonnabend, den 24. Juli: „Geschlossen“
Sonntag, den 25. Juli: „Polenblut“ (1854)

Neu für Danzig u. Umgegend!

Zum ersten Male hier!
Auf dem Vergnügungsplatze Karrenwall
in einer Bade von 50 Metern Länge

Panoptikum

und großes (1851)

anatom. Museum

Deutschlands grösstes wanderndes Wackskabinett

2 Anatom. Abteilungen,
1 für Damen
1 für Herren.

Des Museums ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Des Museum ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Des Museum ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Des Museum ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Des Museum ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Des Museum ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Des Museum ist Sonntag geöffnet von nachmittags, wochentags von mittags bis abends.
Eintrittspreis 2 Mt.
Anatomische Abteilung 1 Mt.

Volkfürsorge

Bewertungsgeld-Gewissenhaftliche Versicherungs-Gesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
Rein Polverversicherer.
- Sterbekasse -
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.
Anzugstoffe verk. preisw. Mikoten Oliva, Art. Wien. (1850)

Riquier-Glänzen

zum Selbstbereiten von Cognac, Rum, Kurpfurken, Sherry-Brands usw.
hält stets vorrätig (1765)

Drogerie am Dominikanerplatz

Bruno Jaiel, Junkerg 12, an der Markthalle.

Günstiges Angebot!

Zwecks schnellsten Verkaufs unseres hiesigen Stofflagers haben wir uns entschlossen, von heute ab unsere Waren direkt an Verbraucher abzugeben. Wir bemerken noch, daß wir alle Stoffe weit unter unserem Einkaufspreis verkaufen, daher günstige Gelegenheit. (1830)

Anzugstoffe!

Serie 1	140 cm breit, farbig	3 Meter für Mk.	150
2	"	"	225
3	"	"	325
4	"	"	450
5	br., prima schw. blau od. farb.	3	390
6	"	3	425
7	"	3	615
8	"	3	825

Ausserdem zu den bevorstehenden Einsegnungen preiswerte schwarze und blaue Stoffe.

Robinsky & Pikarsky, Danzig, Pfefferstadt 46 b I

Stark, gutech. 5-Jahrad m. Torpedo-Freilauf, Rücktrittsbremse, 3 neue Schläuche u. 2 geb. Mäntel billig zu verk. Stadtgebiet 2811 z. (17)

Lehrer Obst's

Nerventee

zum Kuryehr. b. Norvekrankh., Kopfschm., Schlaflosigkeit von besterprobiert, garantiert Wirkung, zugleich Arterien-Verkalkung vorbeugend.
Probe für 1 Woche Mk. 4.-
Mon.-Menge Mk. 16.-

Ausserdem besterprobiert:
Lebhar Obet's Asthma-, Blasen-, Blutreinigung-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh., Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat., Wassersucht, Tee u. a. m. Genauere Angaben erfordern.

F. Obst,
Herrmannsdorf b. Breslau
Nr. 821. (1455)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)

Nathesfeld'sches Pulver, Stoffwechsel beförderndes Blutreinigungsmittel bei Magen- u. Verdauungsbeschwerden, Flechten und Hautunreinlichkeit, Hautjucken, Hämorrhoiden, Rheumatismus, Gicht.
Schachtel Mk. 5.-
Verfand Büchse Apotheker, Erfurt 561. (6024)



MONCHNER
"JUGEND"
ILLUSTRIERTE WOHNSCHRIFT FÜR KUNST UND LEBEN
VERLAG DER JUGEND-FRÖHCHEN

Elektromotor

1 P.S., 220 Volt, Gleichstrom, mit Anläßer, preiswert abgegeben

Danziger Volksstimme,
Am Spandhaus 6.

Filz-Hüte

für Damen und Herren
werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung

umgepresst,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhutfabrik
Hut-Basar zum Strauß

Anschmestelle
nur Lawendagasse Nr. 6-7
(gegenüber der Markthalle). (18307)

Verlangen Sie die „Volksstimme“ in den Gaststätten!

Spezialist für Zahn-ersatz.
Pfefferstadt 71.
Sprechzeit v. 8-7 Uhr, Sonntag: v. 9-12 Uhr

Spezialarzt für Zahn- u. Mundkrankheiten.
Telephon 2621.
Sprechzeit v. 8-7 Uhr, Sonntag: v. 9-12 Uhr

Zahnersatz in Ia Kautschuk und Gold in höchster technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der bekannt mäßigsten Kostenberechnung.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Bei Bestellung künstlicher Zähne. Zahnziehen kostenlos.

Spezialität:
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200603) plattenlos. Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage. (1209)

Spezialität:
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200603) plattenlos. Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage. (1209)

Spezialität:
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200603) plattenlos. Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage. (1209)

Spezialität:
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200603) plattenlos. Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage. (1209)

Spezialität:
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200603) plattenlos. Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage. (1209)